

„Für ein gleichberechtigtes Miteinander“

WELTFRAUENTAG Mühlheimer Bündnis beklagt gesunkenen Frauenanteil im Bundestag

Mühlheim – Die netten Worte sind verhallt, die flotten Rhythmen verklungen, die frommen Botschaften auch. Zum Glück ist das Mühlheimer Frauenbündnis nicht nur am Weltfrauentag aktiv. „Wir haben jahrzehntelang versucht, zusammen mit den Frauenbeauftragten ein Bewusstsein dafür zu schaffen, wo strukturelle Probleme sind“, nennt Ingrid Till anlässlich des jüngsten Weltfrauentags Missstände beim Namen.

Die Sprecherin des Frauenbündnisses verurteilt die mehr als 300 Femizide im vergangenen Jahr scharf, die vorsätzliche Tötung von Frauen aufgrund ihres Geschlechts. Bei einer besonders brutalen Version verlor 2024 auch eine Mühlheimerin ihr Leben, vor acht Tagen wurde der Ehemann verur-

teilt. Viele Frauen finden selbst im privaten Raum keinen Schutz, werden Opfer sexueller Gewalt, erinnert Ingrid Till auch an den Fall von Gisele Pelicot.

Die Französin wurde zu Hause immer wieder vergewaltigt, machte ihren Fall öffentlich und „zwingt die Gesellschaft hinzusehen“, zollt das Bündnis-Mitglied Respekt für die Perspektive des Opfers: „Die Scham muss die Seiten wechseln.“ Dazu fordern die Mühlstädterinnen die Umsetzung der Istanbul-Konvention. Sie sieht vor, die geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen und Mädchen stärker zu bekämpfen.

Einen anderen Blick fordert Ingrid Till auch auf den Paragraphen 218, der Abtreibungen als rechtswidrig einstuft. Unter



Ingrid Till
Bündnissprecherin

bestimmten Voraussetzungen bleiben Mütter aber straffrei. Über den Antrag im Bundestag, die Beendigung der Schwangerschaft in den ersten zwölf Wochen zu legalisieren, wurde nicht mehr abgestimmt. Erfahrungen aus liberalen Ländern zeigten, dass wenn die Abtreibung legalisiert werde, keinesfalls die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche steige, sie würden nur früher vorgenommen..

Auf Unmut stößt auch die Erkenntnis, dass Frauen im Durchschnitt immer noch 16 Prozent weniger Geld verdienen. Die Situation verschärfe sich mit zunehmendem Alter und höherem Bildungsgrad. Bei Hochschul-Absolventinnen liege die Lohn-Lücke laut dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung bei 28 Prozent.

Die Sprecherin des Bündnisses weist auch darauf hin, dass nicht einmal ein Drittel der Abgeordneten im neuen Bundestag weiblich ist. Bisher sind Politikerinnen mit 35 Prozent ebenfalls unterrepräsentiert. Sind mehr als 60 Prozent der Grünen und 56 der Linken Frauen, sitzen in den Reihen der SPD kaum 42 Prozent, bei der Union 23 und in der AfD-Fraktion knapp zwölf Prozent

Mitstreiterinnen. In Mühlheim startete eine Initiative, die Frauen in die Politik bringen möchte,

Der Zusammenschluss wehrt sich zudem gegen den Rechtsruck in unserer Gesellschaft. Die AfD spreche sich gegen Geflüchtete und Eingewanderte, Muslime und Menschen jüdischen Glaubens aus, wolle „die Frau wieder auf die Rolle der Mutter und Hausfrau reduzieren“. Errungenschaften der Frauenbewegung würden so revidiert. „Unser Ziel ist eine diskriminierungsfreie Gesellschaft und ein solidarisches, gleichberechtigtes, freies Miteinander der Geschlechter“, betont Ingrid Till. „Dabei geht es um die Umsetzung der Grundrechte und um den Erhalt der Demokratie.“

MICHAEL PROCHNOW